

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

Entschließung zur Reaktion der Gemeinschaft auf die Vereinigung Deutschlands

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

- voller Genugtuung über die jüngsten revolutionären Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa, die eine Ausdehnung von Freiheit und Demokratie sowie die Beseitigung von Hindernissen und den Abbau von Spannungen in Europa insgesamt zur Folge hatten,
- voller Genugtuung über die Tatsache, daß die Wahlen vom 18. März 1990 in der Deutschen Demokratischen Republik, die ersten demokratischen Wahlen in diesem Land seit fast 60 Jahren, nur vier Monate nach der Öffnung der Berliner Mauer, des bisherigen Symbols der Teilung Europas, stattfanden,
- in der Erwägung, daß diese Wahlen Teil eines umfassenderen Prozesses sind, der rasch zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten führen könnte,
- in der Erwägung, daß es Sache des deutschen Volkes ist, über die Formulierung dieses Ziels sowie über den Zeitplan und die Mittel für dessen Verwirklichung zu entscheiden,
- jedoch in der Auffassung, daß ein derartiger Einigungsprozeß grundlegende Fragen hinsichtlich der Zukunft der Europäischen Gemeinschaft, ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Tätigkeit aufwirft, zu denen auch ihre Beziehungen zu den Nachbarländern in Europa und die Zukunft der NATO, die Westeuropäische Union und der Warschauer Pakt gehören,
- in der Erwägung, daß der deutsche Einigungsprozeß die Notwendigkeit veranschaulicht, statt enger nationaler Lösungen europaweite Lösungen zu finden, und daß es insbesondere erforderlich ist, daß alle Staaten auch in Zukunft unabhängig von ihrer Größe in der Europäischen Gemeinschaft gleichberechtigt zusammenarbeiten,

*Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments – 17993 – vom 26. Juni 1990.
Das Europäische Parlament hat die Entschließung in der Sitzung am 4. April 1990 angenommen.*

- unter Hinweis darauf, daß drei der Grundprinzipien, auf denen die Europäische Gemeinschaft beruht, die Demokratie, Selbstbestimmung, Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit sind, und die harmonische Entwicklung der Gesamtheit der Gemeinschaft ihr Hauptziel ist,
 - ferner unter Hinweis auf den eindeutigen Standpunkt, den das Europäische Parlament in seiner Entschließung vom 23. November 1989¹⁾ zur Frage der deutsch-polnischen Grenze eingenommen hat,
 - unter Hervorhebung des wesentlichen Beitrags, den die Europäische Gemeinschaft zum reibungslosen Ablauf des Einigungsprozesses leisten muß, und mit Befriedigung über den Beitrag, den die Bevölkerung der DDR in die Gemeinschaft einbringen wird,
 - in der Auffassung, daß die Beteiligung der DDR-Regierung und des neugewählten Parlaments der DDR in allen Stadien der Verhandlungen mit der Gemeinschaft unerlässlich ist,
 - unter Hinweis auf die von den führenden Vertretern der wichtigsten politischen Gruppierungen in Deutschland abgegebenen Erklärungen, die die Entschlossenheit bekräftigen, an der uneingeschränkten Verankerung Deutschlands in der Europäischen Gemeinschaft festzuhalten und auf die weitere Stärkung der Gemeinschaftsstrukturen hinzuwirken,
 - ferner unter Hinweis auf die Kontakte, die bereits zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den zuständigen Instanzen der Gemeinschaft geknüpft worden sind,
- I. fordert seinen Präsidenten auf, die neu konstituierte Volkskammer dazu einzuladen, in allen Fragen, die die deutsche Einigung und die europäische Integration betreffen, eng mit dem Europäischen Parlament zusammenzuarbeiten;
- II. ersucht den Europäischen Rat in Dublin, die nachstehend aufgeführten Punkte als politischen Rahmen für seine Prüfung der Auswirkungen der deutschen Einigung auf die Gemeinschaft zu verwenden:
- A. Hinsichtlich der Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft**
1. hält es für wesentlich, daß die deutsche Einigung – mit ihren Konsequenzen für die Europäische Gemeinschaft aufgrund der Einbeziehung der heutigen DDR – in einem gemeinschaftlichen Rahmen erfolgt, der möglichst rasch festgelegt werden muß;
 2. besteht von Anfang an darauf, daß die Europäische Gemeinschaft in allen Bereichen, in denen sich Maßnahmen zur Verwirklichung der deutschen Einigung auf die Durchführung der Rechtsvorschriften der Gemeinschaft sowie gemeinschaftliche Programme und Maßnahmen auswirken, in vollem Umfang konsultiert und nicht bloß über die Entwicklungen informiert wird; unterstreicht insbesondere, daß alle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Integration der DDR in die

¹⁾ ABl. Nr. C 323 vom 27. Dezember 1989, S. 111.

Gemeinschaft, die mit Konsequenzen institutioneller Art verbunden sind, auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft beschlossen werden müssen;

3. fordert ferner, daß die zuständigen Institutionen der Europäischen Gemeinschaft sowie die Mitgliedstaaten in angemessener Weise am Verhandlungsprozeß über die Einbeziehung der DDR in die Gemeinschaft beteiligt werden, um ein Höchstmaß an Transparenz und demokratischer Verantwortlichkeit zu gewährleisten und eine Vergrößerung des demokratischen Defizits zu vermeiden; besteht darauf, daß die Kommission in dem Dokument, das sie dem Europäischen Rat für seine Tagung am 28. April unterbreiten wird, Vorschläge für eine uneingeschränkte Mitwirkung des Europäischen Parlaments am Verhandlungsprozeß vorlegt;
4. betont das Erfordernis, die Einbeziehung der DDR in die Europäische Gemeinschaft im Einklang mit den geltenden EG-Verträgen und den darin vorgesehenen Verfahren zu vollziehen;

B. hinsichtlich des Tempos der europäischen Integration und der Verwirklichung der grundlegenden Ziele der Gemeinschaft

1. hält es für unerlässlich, daß der Prozeß der deutschen Einigung mit einer Beschleunigung des Tempos der europäischen Integration einhergeht, da der tiefgreifende Wandel der europäischen Situation die Verwirklichung der politischen Union für die Europäische Gemeinschaft noch unerlässlicher und entscheidender werden läßt, und daß das künftige vereinigte Deutschland voll und ganz an der weiteren Integration der Europäischen Gemeinschaft beteiligt wird;
2. betont, daß an dem Ziel der Verwirklichung des Binnenmarktes bis 1992 in vollem Umfang festgehalten und das Programm zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion, zur Gewährleistung der sozialen Dimension und zur Durchführung der institutionellen Reformen beschleunigt werden muß, wobei dieses Programm durch die erforderlichen Schritte zur Schaffung der Politischen Union zu ergänzen ist;
3. betont ferner, daß die Regierungskonferenz vor Ende des Jahres 1990 ihre Arbeit aufnehmen und diese bis spätestens Ende Juni 1991 abschließen muß, und auf ihrer Tagesordnung das demokratische Defizit, die Beschlußfassung mit qualifizierter Mehrheit, insbesondere in der Sozial- und Umweltpolitik, die Wirtschafts- und Währungsunion und der Ausbau der politischen Zuständigkeit der Gemeinschaft stehen sollten;
4. vertritt ferner die Auffassung, daß die Vereinigung Deutschlands in keiner Weise eine Gefährdung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Europäischen Gemeinschaft bedeuten und der daraus resultierende Bedarf an neuen Finanzmitteln in keinem Fall die Einhaltung der bereits übernommenen oder zukünftigen Verpflichtungen gegenüber den

Randgebieten und den benachteiligten Gebieten der derzeitigen Gemeinschaft beeinträchtigen darf, daß die Ziele des Sozialen Europas beibehalten und im Rahmen des EG-Aktionsprogramms für den sozialen Bereich unverzüglich einschlägige Rechtsvorschriften erlassen werden müssen;

5. ist der Auffassung, daß die Umweltpolitiken der Gemeinschaft verstärkt und ausgeweitet werden müssen, insbesondere in Anbetracht der schwerwiegenden Umweltprobleme der Deutschen Demokratischen Republik;

C. hinsichtlich der Auswirkungen der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion (DWWU)

1. erkennt die Bemühungen um eine deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion als ein Signal für die Bevölkerung der DDR an, daß ein unumkehrbarer Wandel eingesetzt hat und daß Fortschritte in Richtung auf die Einheit erzielt werden;
2. vertritt jedoch die Auffassung, daß die Art und Weise der Verwirklichung der DWWU sowohl auf die deutsche als auch auf andere europäische Volkswirtschaften negative Auswirkungen haben könnte;
3. ersucht deshalb die EG-Kommission, darauf hinzuwirken, daß mit den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR eine eingehende Konsultation über die Auswirkungen der DWWU auf die Wirtschaft der Länder, auf das EWS und auf die zur Wirtschafts- und Währungsunion führenden Prozesse vereinbart wird;
4. fordert die Kommission auf, unverzüglich eine detaillierte Kosten-Nutzen-Analyse der Auswirkungen der DWWU auf die Wirtschaft der Europäischen Gemeinschaft und eine Untersuchung der Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Währungsunion durchzuführen;
5. vertritt die Auffassung, daß der Bevölkerung der DDR bestimmte andere Garantien gegeben werden müssen; appelliert in diesem Zusammenhang an die Bundesrepublik Deutschland und die DDR, ein Rahmenprogramm von sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen – insbesondere zugunsten von Arbeitslosen, Rentnern und im Hinblick auf die soziale Lage von Frauen – zur Begleitung der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion auszuhandeln, das dazu angetan ist, alle negativen Auswirkungen dieser Union auf die sozialen Verhältnisse in der DDR auf ein Mindestmaß zu beschränken und den derzeitigen Übersiedlerstrom von Osten nach Westen einzudämmen;

D. hinsichtlich einer umfassenden Prüfung der Auswirkungen der Vereinigung auf die Gemeinschaft

1. fordert die Kommission auf, eine Analyse der Auswirkungen der Ausweitung des Gemeinschaftsgebietes auf das gesamte Spektrum der Gemeinschaftspolitiken und der erforderlich werdenden spezifischen Anpassungen durchzuführen;

2. verlangt, daß die voraussichtlichen Gesamtkosten der Vereinigung Deutschlands für den Haushalt der Gemeinschaft berechnet werden, und ist der Ansicht, daß dieser Prozeß eine Stärkung der Rolle des Gemeinschaftshaushalts, eine Neubewertung der Haushaltsverpflichtungen der Europäischen Gemeinschaft über die derzeitigen Vorschläge für die Revision der finanziellen Vorausschau hinaus und – für die weitere Zukunft – des Finanzierungssystems der Gemeinschaft notwendig machen wird, wobei jedoch gewährleistet werden muß, daß die Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber den Mitgliedstaaten und Drittländern keine Beeinträchtigung erfahren;
3. fordert, daß die Auswirkungen der deutschen Einigung auf die makroökonomischen Gegebenheiten der Gemeinschaft, insbesondere auf das Preisniveau sowie die Zinssätze und auch das Wirtschaftswachstum, das Beschäftigungsniveau und die regionalen Ungleichgewichte, bewertet werden;

E. hinsichtlich sofortiger Gemeinschaftsmaßnahmen zur Unterstützung der DDR in dem Zeitraum bis zur Vollendung der Vereinigung

1. vertritt die Auffassung, daß die Gemeinschaft einen Beitrag zu den Kosten der Neustrukturierung der DDR-Wirtschaft leisten muß und daß ein solcher Beitrag als Beweis der Solidarität mit dem Volk der DDR notwendig ist;
2. fordert die rasche Ausarbeitung eines besonderen Hilfsprogramms der Gemeinschaft für die DDR für den Zeitraum bis zur Vollendung der Vereinigung, das rechtzeitig für die bevorstehende Tagung des Europäischen Rates in Dublin vorgelegt wird;
3. fordert ferner die rasche Vorlage von Vorschlägen betreffend die Möglichkeiten einer schrittweisen Einbeziehung der DDR in die jeweiligen Gemeinschaftspolitiken, insbesondere in Ausbildungsprogramme oder Forschungs- und Entwicklungsprogramme;
4. weist darauf hin, daß die Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas nicht auf Kosten der Bemühungen der Gemeinschaft zugunsten der Dritten Welt – insbesondere der AKP-Länder – und der Mittelmeer- und lateinamerikanischen Länder gehen dürfen, zu denen die Gemeinschaft enge und historisch gewachsene Bindungen unterhält;

F. hinsichtlich von vorbereitenden und Übergangsmaßnahmen für die DDR

1. ist der Auffassung, daß auch vorbereitende und Übergangsmaßnahmen erforderlich sind, um es der DDR zu ermöglichen, sich ohne allzu schwerwiegende direkte Konsequenzen für

ihre Wirtschaft und ihre Gesellschaft an die Erfordernisse der Gemeinschaft anzupassen;

2. ersucht die Kommission und den Rat, klare Angaben zu den Übergangsmaßnahmen vorzulegen, die sie als erforderlich erachten und die Gegenstand von Verhandlungen zwischen Vertretern der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Gemeinschaft sein müssen;

G. hinsichtlich der Auswirkungen der bestehenden internationalen politischen und handelspolitischen Übereinkünfte und Verpflichtungen der DDR auf andere europäische Länder

1. erwartet von der Kommission, daß sie ihm baldmöglichst ein detailliertes Verzeichnis der von der DDR geschlossenen internationalen politischen und handelspolitischen Übereinkünfte und Verpflichtungen übermittelt; ersucht sie ferner, es möglichst rasch über die voraussichtlichen Konsequenzen der Verpflichtungen zu unterrichten, die die Deutsche Demokratische Republik auf internationaler Ebene bisher eingegangen ist;
2. ersucht den Rat, die Kommission – in Konsultation mit der DDR – zur Aufnahme von Verhandlungen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas zu ermächtigen, deren Ziel der Abschluß von Handelsvereinbarungen ist, die gewährleisten, daß der Beitritt der DDR zur Europäischen Gemeinschaft den Handelsverkehr mit für die jeweiligen Volkswirtschaften lebenswichtigen Gütern nicht beeinträchtigt;

H. hinsichtlich des größeren sicherheitspolitischen Rahmens

1. stellt fest, daß die Bundesrepublik Deutschland und die DDR in bilateralen Verträgen und in der KSZE-Schlußakte die Unverletzlichkeit der gegenwärtigen polnischen Westgrenze für jetzt und die Zukunft anerkannt haben und daß die beiden deutschen Regierungen und Parlamente dies auch für das geeinte Deutschland gemeinsam gewährleisten müssen;
2. ist der Auffassung, daß der deutsche Einigungsprozeß als Katalysator für die Entwicklung neuer Sicherheitsstrukturen auf europäischer Ebene dienen könnte;
3. vertritt die Auffassung, daß sich die bevorstehende Regierungskonferenz eingehend mit der Frage beschäftigen sollte, wie die sicherheitspolitischen Aspekte der Europäischen Politischen Zusammenarbeit künftig verstärkt und mit einem im Rahmen der KSZE – unter Mitwirkung der Europäischen Gemeinschaft – zu verwirklichenden gesamteuropäischen Sicherheitssystem verknüpft werden könnten; ist ferner der Ansicht, daß die gegenwärtigen Sicherheitsstrukturen in ihrer Rolle verändert und bündnisübergreifende Strukturen an Bedeutung gewinnen werden; meint, daß es keine militärischen Installationen und Truppen der NATO in einem vereinigten Deutschland auf dem Gebiet der heutigen DDR geben darf;
4. ist der Auffassung, daß die polnische Westgrenze (Oder-Neisse-Grenze) endgültig anerkannt werden muß;

- III. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung der Kommission, dem Rat, den Regierungen und Parlamenten der Deutschen Demokratischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sowie den Staats- und Regierungschefs, die am 28. April 1990 in Dublin zusammentreten, zu übermitteln.

